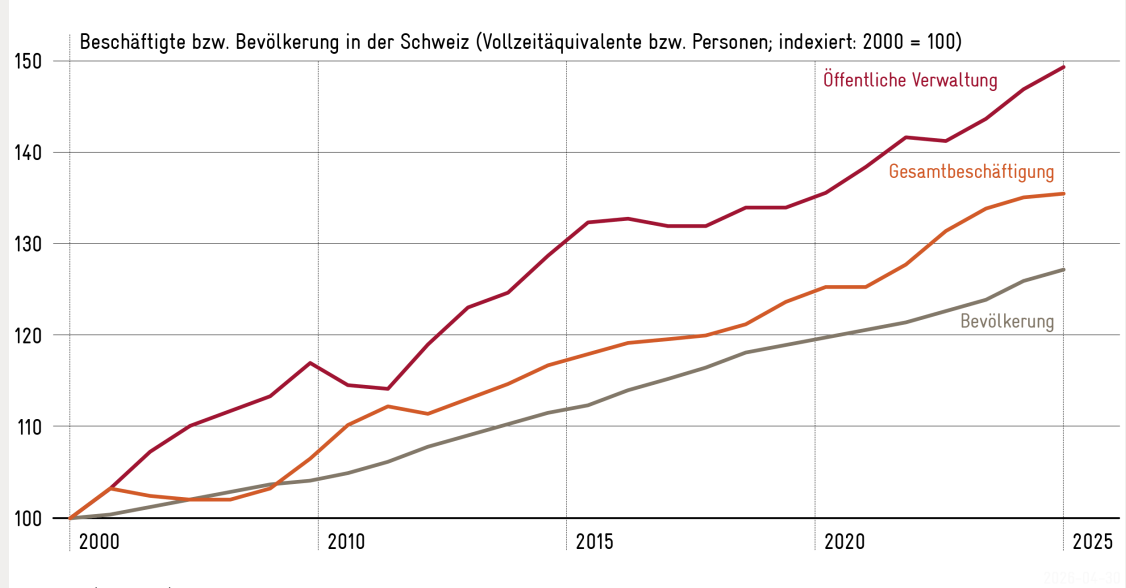


Neues «Essential»

# Immer mehr Angestellte arbeiten für den Staat

## Die Verwaltung wächst überproportional

Seit 2000 wuchs die Verwaltung um 49% – stärker als die Gesamtbeschäftigung (+34%) und rund doppelt so schnell wie die Bevölkerung (+26%).



Die Politik will laufend mehr absichern und fördern, was das Beschäftigungswachstum im öffentlichen Sektor antreibt. Die Folgen: die Personalkosten des Staates nehmen gesamthaft zu, und gleichzeitig werden private Firmen im Wettbewerb um Arbeitskräfte zunehmend vom Staat konkurrenziert. In unserem neuen «Essential» zeigen wir, dass es Reformen entlang zweier Dimensionen braucht, [um diesem ungünstigen Trend entgegenzuwirken](#).

### Die Zahl

23%

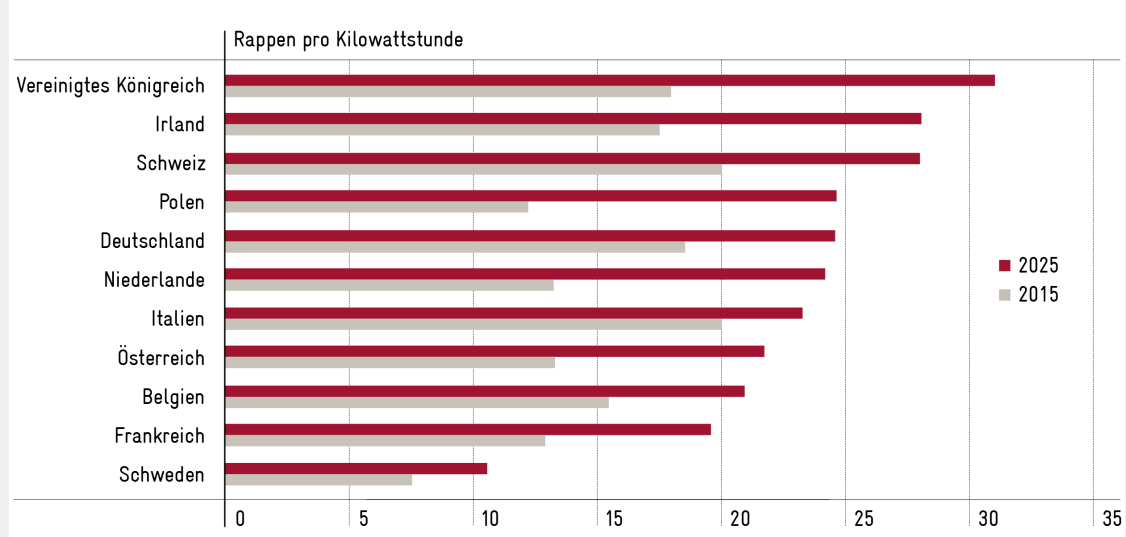
Über 180'000 Angestellte (Vollzeitäquivalente) arbeiten heute in der Verwaltung im engeren Sinne – rund 4% aller Erwerbstätigen. Rechnet man weitere Staatsangestellte wie Lehrpersonen dazu, steigt der Anteil auf 10%. Einschliesslich staatsabhängiger Beschäftigter (staatlich finanziert oder kontrolliert) sind es rund eine Million oder 23%. (MIS, LUS, SIS)

### Elektrizität

# Teurer Strom? Was kleinere und mittlere Firmen bezahlen

## Vergleich der Strompreise für kleinere Gewerbetunden

Während die Schweiz im Jahr 2015 beim Strompreis für kleinere Gewerbetunden europaweit an der Spitze lag, wurde sie inzwischen vom Vereinigten Königreich und von Irland überholt.



Fast nirgendwo in Europa ist Industriestrom so teuer wie in der Schweiz, wie [unsere vergangene Woche publizierte Auswertung](#) gezeigt hat. Unsere Analyse hat für Aufsehen gesorgt – und für Nachfragen, ob Gewerbe und mittelgrosse Abnehmer auch so hohe Strompreise bezahlen. Christoph Eisenring und Simon Stocker [haben daher auch diese Daten ausgewertet](#).

### Podcast «La parole aux Romands»

# Lohnprozentbremse: wichtiger Schutz vor immer höheren Abgaben



Im Podcast unseres Lausanner Büros spricht Diego Taboada mit Nils Soguel, Professor für öffentliche Finanzen der Universität Lausanne, über die Bedeutung solider Staatsfinanzen und der Schuldenbremse. [Unserer Idee einer Lohnprozentbremse](#) kann er einiges abgewinnen. Damit würde die Verfassung die Erwerbstätigen gleich gut schützen wie heute schon die Steuerzahler. [Hier reinhören \(auf Französisch\)](#).

### Presseschau

## Avenir Suisse in den Medien

**Verwaltungswachstum:** Eine Analyse des Arbeitgeberverbands zeigt, dass 93% der neuen Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft von Ausländern besetzt werden, während Schweizer vor allem im Staatssektor tätig sind. Das Problem liege aber nicht bei den Schweizer Arbeitnehmenden, sagt Patrick Leisibach in der [«Neuen Zürcher Zeitung»](#). Sie würden schlicht auf das Angebot und die guten Konditionen reagieren, die eine Stelle beim Staat bieten. Die Politik sei letztlich in der Pflicht – und auch verantwortlich für das Stellenwachstum im öffentlichen Sektor.

**Elektrizität:** Der «Nebelspalter», die [«Neue Zürcher Zeitung»](#) und [«Allnews»](#) griffen [unseren Beitrag zu den hohen Schweizer Industriestrompreisen](#) auf. Unsere Analyse zeige, dass Schweizer Grossverbraucher mehr für den Strom zahlen als in der gesamten EU. Der Preis habe sich in zehn Jahren verdoppelt. Es brauche aber nicht mehr Subventionen, sondern die Integration in den europäischen Strommarkt und eine neue Ausrichtung der Netzentgelte.

**Wohnen I:** In den zehn Jahren nach der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 seien die Wohneigentumspreise um einen Fünftel gestiegen, zitiert der [«Blick»](#) aus unserem [Beitrag](#). Der Grossteil des Preisanstiegs ging auf eine gute Konjunktur und die fallenden Zinsen zurück. Zudem flachte der Effekt wieder ab, als wegen der gestiegenen Nachfrage mehr gebaut wurde.

**Wohnen II:** Mehr bezahlbarer Wohnraum könne nur durch eine Vereinfachung des Bauens entstehen, zitiert das Immobilien-Medium [«Immoday»](#) Michele Salvi. Zusätzliche Regulierungen hingegen führten nicht zu mehr, sondern zu weniger Angebot und verschärften damit den Wohnungsmangel.

**Gesundheitssystem:** An den «Trendtagen Gesundheit Luzern» sprach Diego Taboada auf der Bühne über die Innovationsfähigkeit des Schweizer Gesundheitswesens. Es brauche marktgerechte Preise, eine bessere Datennutzung sowie Offenheit für internationale Talente, berichtet das Gesundheits-Fachmagazin «Clinicum» (Print).

**Sozialausgaben:** Immer mehr Gutverdiener profitierten von Subventionen, berichtet die [«NZZ am Sonntag»](#). Patrick Leisibach wird im Artikel als Experte befragt. Er erklärt, dass es einen Trend gebe, Geld mit der Giesskanne zu verteilen. Statt gezielt den Armutsgefährdeten zu helfen, werde mittlerweile bis in den oberen Mittelstand subventioniert.

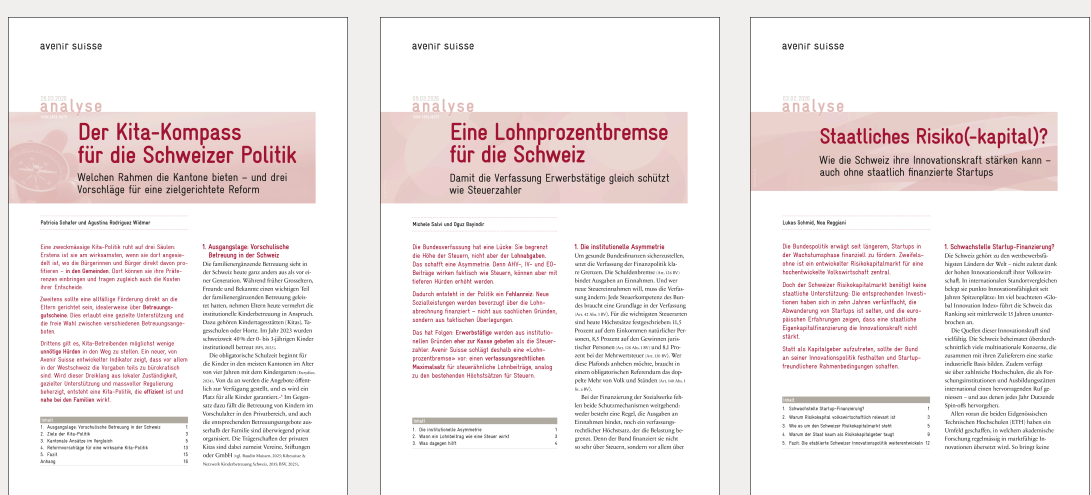
### Newsletter weitergeleitet?

Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, [melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter](#) an, um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

### Wer wir sind?

[Avenir Suisse](#) erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

### Unsere aktuellen Publikationen



[Kita-Kompass für die Schweizer Politik](#) | [Lohnprozentbremse für die Schweiz](#) | [Staatliches Risiko\(-kapital\)?](#)

### Newsletter verpasst?

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).



© Avenir Suisse, Puls 5 | Giessereistrasse 18, CH-8005 Zürich, [avenir-suisse.ch](#)

Über uns  
Datenschutzklärung  
Warum Sie diesen Newsletter bekommen

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie [media@avenir-suisse.ch](mailto:media@avenir-suisse.ch) Ihrem Adressbuch hinzu.

[Abonnement verwalten](#)